

**Bericht der Verwaltung
für die Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr,
Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S)
am 14. Juni 2018**

Rennbahnquartier Bremen

Anlass des Berichtes

Die Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU-Fraktion) hat um Klärung gebeten, ob auf dem Gelände der Galopprennbahn Ausgleichsflächen für andere Bauvorhaben bestehen.

Hierzu gibt die Verwaltung folgenden Bericht ab:

Vorhandene Ausgleichsflächen

Im Osten des Geländes der Rennbahn wurde ein Ausgleichsgewässer nach § 30 Bundesnaturschutzgesetz angelegt, da bei der Anlage des Golfplatzes ein geschütztes Biotop beseitigt worden war. Auf dem Golfplatz sind zwei weitere kleinere Gewässer entstanden, die inzwischen dem gesetzlichen Biotopschutz unterliegen.

Ausgleichsflächen auf Grundlage der Eingriffsregelung für Gewerbeflächen, Wohnbauvorhaben oder andere Fachplanungen sind dort nicht vorhanden.

Rennbahn als „Ausgleich“ für die Ansiedlung des Mercedes-Benz Werkes Bremen

Im Rahmen der Entwicklung des Rennbahngeländes wurde von Teilnehmer*innen öffentlicher Veranstaltungen (z.B. Regionalausschuss, Bürgerversammlungen) geäußert, dass bei der Werksansiedlung von Mercedes-Benz, Anfang der 1980er Jahre, dem Stadtteil Hemelingen von Seiten der Stadt ein dauerhafter Erhalt des Rennbahngeländes als Ausgleich (nicht in ökologischer Hinsicht) zugesagt worden sei.

Für die Ansiedlung des neuen Mercedes-Benz Werkes Bremen auf dem Gelände „Holter Feld“ wurde als Ausgleich / Ersatz für die überplanten Dauerkleingärten das neue Kleingartengebiet „Vahrer Feld“ geschaffen (Bebauungsplan 1177, rechtskräftig seit 17.04.1980).

Rechtsgrundlage für die Ansiedlung des neuen Mercedes-Benz Werkes Bremen auf dem Gelände „Holter Feld“ ist der Bebauungsplan 1195 (rechtskräftig seit 03.03.1980). Die Verfahrensakte zum Bebauungsplan 1195 enthält keine Hinweise auf einen weiteren Ausgleich. Auch die Durchsicht der Akten im Mercedes-Benz Werk Bremen (für den Zeitraum 1976-1979) zum Beschluss des Bebauungsplanes 1195 ergab hierzu keine Hinweise.

Beschlussvorschlag:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.